

# SPD demokratischer pressediens

P. XXV. 203

27. Oktober 1970

Enge Kontakte mit der Truppe

-----  
Politische Bundeswehr-Leitung fördert  
Integration

Von Karl Wilhelm Berkhan SPD-MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär im Bundes-  
ministerium der Verteidigung

Seite 1 und 2 / 58 Zeilen

Postreform muß breiten Nutzen bringen

-----  
Erfüllung des Auftrags der Regierungserklärung

Von Dr. Hans Apel MdB  
Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
und Vorsitzender des Verkehr-Post-Ausschusses  
des Bundestages

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Es ist fünf Minuten vor zwölf

-----  
Kommt es doch zum Handelskrieg Europa-USA?

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB  
Mitglied des Außenwirtschaftsausschusses im  
Europäischen Parlament

Seite 5 / 44 Zeilen

In Düsseldorf stand mehr auf dem Spiel

-----  
Zur Tarifbewegungs-Lage im Metallbereich

Seite 6 und 7 / 64 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 866 946/866 947/  
866 946 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

## Enge Kontakte mit der Truppe

---

### Politische Bundeswehr-Leitung fördert Integration

Von Karl Wilhelm Bärkhan SPD-MdB

Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung

Die neue Leitung des Verteidigungsressorts begann ihre Arbeit vor Jahresfrist mit einer gründlichen und umfangreichen kritischen Bestandsaufnahme innerhalb der Bundeswehr. Diese, in der deutschen Militärgeschichte einmalige Selbsterforschung deutscher Streitkräfte fand ihren Niederschlag im "Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr". Verteidigungsministerium, Bundeskabinett und Bundestag sind damit beschäftigt, die im Weißbuch angekündigten Maßnahmen in die Realität umzusetzen.

Die kritische Bestandsaufnahme umfaßte auch eine intensive Begegnung der politischen Leitung mit Unteroffizieren und Offizieren der Bundeswehr. Acht ganztägige Arbeitsbesprechungen mit jeweils etwa 300 Soldaten dienten dem gegenseitigen Informationsaustausch.

Dabei zeigte sich, daß der unmittelbare Kontakt zwischen den Mitgliedern der Leitung und der Truppe ein unentbehrliches Mittel der beiderseitigen Information und der Führung ist. Aus diesem Grund haben der Minister und die Staatssekretäre in den vergangenen zwölf Monaten ein umfangreiches Besuchsprogramm absolviert. 35 mal waren wir bei der Truppe in Schulen und Akademien, auf Schiffen und im Manöver sowie in Bundeswehr-Krankenhäusern. Ich selber nehme dabei stets Gelegenheit, in ausführlichen Gesprächen die Sorge der Kommandeure, der Offiziere, der Unteroffiziere und Mannschaften kennenzuler-

nen und meinerseits die Absichten und Ziele der politischen Führung zu verdeutlichen. Diese Truppenbesuche sind aber nicht auf den Kontakt mit den "Bürgern in Uniform" beschränkt. Ich nutze jeden Truppenbesuch, um auch mit den zivilen Mitarbeitern, Angestellten und Beamten ausführlich zu sprechen sowie die Mitglieder des Personalrates zu hören. Die Gespräche mit den jeweiligen Gruppen finden in aller Regel ohne die Anwesenheit von Vorgesetzten statt. Dieses Verfahren hat sich gut bewährt. Ich muß die Offenheit und Klarheit hervorheben, die mir bei allen Besuchen und in allen Gruppen begegnet ist. Dabei wurde zwar mit Kritik nicht gespart, aber auch Verständnis für politische und militärische Notwendigkeiten gezeigt. Der Besuch der Truppe im Manöver steht gleichberechtigt neben den Besuchen in der Garnison und gibt uns Gelegenheit, die Truppe auch unter Belastungen kennenzulernen.

Die Leitung des Verteidigungsressorts beabsichtigt, auch in Zukunft engen persönlichen Kontakt mit der Truppe zu halten. Noch im November 1970 werden Vertrauensleute der Mannschaften der Bundeswehr auf einer Tagung in Koblenz mit der politischen Leitung unmittelbar sprechen können, und auch weiterhin wird mindestens ein Mitglied der Leitung monatlich die Truppe in ihren Garnisonen oder im Manöver aufsuchen. Mehr und mehr werden dabei auch Besuche ohne Vorankündigung durchgeführt werden, um die Truppe von zeitraubenden Vorbereitungen zu entlasten. Ich sehe in dieser Art des Kontaktes ein wichtiges Mittel, die enge Verbindung zwischen Truppe und politischer Leitung deutlich vor Augen zu führen. Zugleich erblicke ich darin auch ein Mittel der lebendigen Integration der Bundeswehr in das politische System der Bundesrepublik.

Die zahlreichen Besuche, die der Herr Bundespräsident sowie zahlreiche Abgeordnete des Bundestages und Mitglieder der Bundes- und Länderregierungen der Truppe abgestattet haben, begrüße ich sehr und sehe in ihnen ein Zeichen für die enge Verbundenheit, die zwischen der Bundeswehr und allen Vertretern des politischen Lebens in der Bundesrepublik besteht.

+ + +

Postreform muß breiten Nutzen bringen  
-----

Erfüllung des Auftrags der Regierungserklärung

Von Dr. Hans Apel MdB

Stellv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und  
Vorsitzender des Verkehr-Post-Ausschusses des Bundestages

Bundeskanzler Willy Brandt hat in seiner Regierungserklärung eine Reform der Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost angekündigt. Sie soll die Bundespost wirtschaftlich selbständiger und unabhängiger vom politischen Einfluß machen und den Bediensteten wie der Wirtschaft nützen. Bundesminister Georg Leber reagierte prompt. Die sogenannte "Postreformkommission" wurde von ihm gebildet. Gewerkschaftler, Unternehmer und Politiker diskutierten bis in den Mai 1970 hinein und einigten sich auf einen Gesetzentwurf, der den Grad der Unzufriedenheit der Beteiligten auf ein erreichbares Minimum reduzierte.

Wir einigten uns in dieser Reformkommission auf die Drittelparität für die Arbeitnehmer im Aufsichtsrat, umfassende Mitwirkungsrechte des Aufsichtsrats an der Unternehmensführung und die Bildung eines fünfköpfigen Vorstandes des Unternehmens Bundespost. Dieser Vorstand sollte in seiner Geschäftsführung unabhängig sein, dem Bundesverkehrsminister sollten in wesentlichen Fragen Interventionsrechte gegeben werden. Der Vorstand und die zuständigen Gewerkschaften sollten in spezifischen Fragen der Entlohnung - Zulagen, Zuschläge, Überstunden - Regelungen finden dürfen, die von den allgemeinen Besoldungsrichtlinien abweichen, aber nicht präjudizierend wirken dürfen.

Als nun dieser Vorschlag in den Gremien der Bundesregierung behandelt wurde, ging mancher dieser Vorschläge verloren. Die Ressorts wollten ihren Einfluß auf die Deutsche Bundespost nicht völlig aufgeben und auf den Verkehrsminister delegieren. Sie fürchteten eine Auflösung des einheitlichen Besoldungsniveaus. Sie wollten dem Aufsichtsrat nicht alle der vorgesehenen Rechte einräumen. Und so legte die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vor, der einiges von den Vorschlägen der Reformkommission aufgab. Dennoch ist der

Gesetzentwurf entwicklungsfähig. Er hat die Grundlinien des Entwurfs der Postreformkommission erhalten, insbesondere die Pflicht der Bundesregierung, bei von ihr untersagten Gebührenerhöhungen der Post die dadurch entstehenden Einnahmeausfälle aus dem Bundeshaushalt zu ersetzen. Die wirtschaftliche Unternehmensführung der Post bleibt also erhalten.

Negativ ist nun allerdings die Behandlung und die Beschlußfassung über die Postreform im Deutschen Bundestag verlaufen. Der Bundesrat hat negativ reformiert und versucht, die bestehenden Abhängigkeitsverhältnisse der Post von der Regierung wiederherzustellen. Er kann damit keine Maßstäbe für das Gesetzgebungsverfahren im Deutschen Bundestag setzen.

Im Gegenteil, der Bundestag wird sich bei seinen Beratungen auch sehr stark abstützen müssen auf die von der Postreformkommission entwickelten Vorstellungen. Der zuständige Parlamentsausschuß für Verkehr/Post/Fernmeldewesen hat bereits beschlossen, Anfang 1971 in sehr eingehende Anhörungen zur Reform der Unternehmensverfassung der Bundespost einzutreten. Dabei wird den Stellungnahmen der Vertreter der Postbediensteten ein breiter Raum und eine besondere Bedeutung einzuräumen sein.

Der Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion hat vor einigen Wochen zwei stell. Fraktionsvorsitzende, Prof. Dr. Schäfer und mich, beauftragt, mit dem Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft, Carl Stenger, über die Forderungen der DPG zur Postreform zu sprechen. In einem ersten umfassenden Gespräch haben wir die Forderungen der Gewerkschaft erörtert und eine Übereinstimmung in der Beurteilung des notwendigen Umfangs der Reform der Post gefunden. Wir sind uns aber auch über die Widerstände und unsere taktische Lage klar geworden.

Diese enge Zusammenarbeit mit der Spitze der DPG wird fortgesetzt. Gespräche mit anderen werden notwendig sein. Eins steht fest: Die SPD-Bundestagsfraktion wird einer Reform der Unternehmensverfassung der Deutschen Bundespost nur dann zustimmen, wenn sie nicht nur ihre Struktur verbessert, sondern auch den Postbediensteten nutzt und ihre Rechte verstärkt. Dies ist der Auftrag aus der Regierungserklärung Willy Brandts. Ihn werden wir erfüllen.

Es ist fünf Minuten vor zwölf

---

Kommt es doch zum Handelskrieg Europa-USA?

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB

Mitglied des Außenwirtschaftsausschusses im Europäischen Parlament

Falls das vom Washingtoner Repräsentantenhaus bereits verabschiedete Handelsgesetz auch den Kongreß passiert, müssen Auswirkungen auf den Handel zwischen den USA und der EWG befürchtet werden. Wenn die im US-amerikanischen Handelsgesetz angekündigten Importrestriktionen vor allem für Textilien und Schuhe tatsächlich eintreten, wird die EWG mit Gegenmaßnahmen antworten. In Brüssel sind bereits Überlegungen im Gange, die den Sojabohnenexport der Vereinigten Staaten in die Länder der Wirtschaftsgemeinschaft hart treffen würden.

Neben den Auseinandersetzungen um das Handelsgesetz (Mills-Bill) verschärfen sich neuerdings die Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und der EWG-Kommission wegen der Präferenz-Politik der EWG im Mittelmeerraum. Bekanntlich gewähren die sechs Länder der EWG über eine Reihe jüngst abgeschlossener Assoziierungsabkommen verschiedenen Mittelmeerstaaten Vorzugszölle im Handel mit der EWG. Diese Vorzugszölle bezeichnet die amerikanische Regierung als eine Verletzung des GATT-Abkommens, während die EWG-Kommission den Standpunkt vertritt, diese Abkommen seien GATT-konform.

Aus all diesen Gründen muß der Vorschlag von Bundeskanzler Willy Brandt erneut aufgegriffen werden, der die Einrichtung eines ständigen handelspolitischen Ausschusses zwischen den Vereinigten Staaten und der EWG vorsah. Dieser Plan findet übrigens auch die Unterstützung der amerikanischen Regierung. Der Bundesaußenminister sollte bei den Anfang November stattfindenden deutsch-französischen Konsultationsgesprächen in Paris diese Frage ansprechen, damit der Ministerrat der EWG entsprechende Beschlüsse fassen kann.

Es ist auf die Dauer einfach unerträglich, daß zwar die Vereinigten Staaten durch einen Sonderbotschafter bei den EWG-Behörden in Brüssel vertreten sind, die EWG aber umgekehrt in Washington lediglich eine kleine Vertretung mit Beamten besetzt unterhält, deren politische Wirksamkeit naturgemäß sehr begrenzt ist. Vor allem fehlen dieser Vertretung in Washington jegliche Kontakte zum Kongreß. Darüber hinaus müssen das Europäische Parlament, aber auch die sechs nationalen Parlamente ihre Kontakte zu beiden Häusern des Europäischen Kongresses verstärken. Denn die protektionistischen Strömungen im Washingtoner Kongreß sind unverkennbar aktuell geworden.

Bei Gesprächen mit amerikanischen Parlamentariern zeigt sich, daß über die EWG im dortigen Parlament ein Zerrbild besteht, das durch solche Kontaktpflege auf Parlamentsebene abgebaut werden könnte. Jetzt ist es noch fünf Minuten vor zwölf, den drohenden Handelskrieg zu vermeiden, der Auswirkungen auf die Liberalisierung des Welthandels haben würde. Aus diesem Grund müssen Regierungen und Parlamente in den sechs EWG-Ländern handeln.

+ + +

## In Düsseldorf stand mehr auf dem Spiel

### Zur Tarifbewegungs-Lage im Metallbereich

So umstritten der Vermittlungseinsatz von Politikern bei tarifpolitischen Auseinandersetzungen immer sein mag, so unumstritten ist das nach tage- und nächtelangen Verhandlungen im nordrhein-westfälischen Arbeitsministerium erzielte Ergebnis: Hier gelang es fünf Minuten vor zwölf, die "Schallmauer" der von den Arbeitgebern angebotenen zehnpromzentigen Lohn- und Gehaltserhöhung für die 1,2 Millionen Arbeitnehmer der Metallindustrie in Nordrhein-Westfalen zu durchbrechen und vorerst die drohende Gefahr eines bundesweiten Arbeitskampfes zu bannen.

Denn in Düsseldorf stand mehr auf dem Spiel als lediglich die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen in einem Tarifbezirk, in dem Schlichtungsverhandlungen ohne Ergebnis geblieben waren. In Nordrhein-Westfalen war den Arbeitgebern im Verlauf der Verhandlungen zum erstenmal überhaupt vorgeworfen worden, daß sie ein Tarifdiktat ausüben wollten. Zwischen Rhein und Weser hatten die Metallindustriellen deutlich zu verstehen gegeben, daß sie auch im größten Tarifbezirk keine Ausnahme machen und nicht mehr als zehn vH. Tarifierhöhung abschließen wollten.

Diese Maximalgrenze, hinter der sich die Arbeitgeber in allen Tarifbezirken verschanzten, widersprach von Anfang an der tarifpolitischen Konzeption der IG Metall, zwar bezirklich differenzierte, aber doch der jeweiligen Wirtschaftslage entsprechende Tarifabschlüsse zu erzielen. Diese "genormte" Maximalgrenze mußte irgendwann und irgendwo zum ernsthaften Konflikt führen, denn daß sich eine übergroße Mehrheit bei der für den 28. Oktober 1970 bereits eingeplanten Urabstimmung für die Durchführung eines Streiks in der nordrhein-westfälischen

Metallindustrie ausgesprochen hätte, wagt wohl niemand anzuzweifeln.

Von Nordrhein-Westfalen aus drohte der Funken Überzuschlagen und in anderen Tarifbezirken zu zünden. Denn am letzten Wochenende zeichnete sich folgende Gesamtlage ab: Einschließlich der Metallindustrie Nordrhein-Westfalens sind bisher Verträge für rund 2,3 Millionen Beschäftigte ausgehandelt oder abgeschlossen worden, und zwar in Nordrhein-Westfalen (für 250.000 in der Eisen- und Stahlindustrie sowie 1,2 Millionen in der Metallindustrie), in der Metallindustrie von Hessen (290.000), Niedersachsen (175.000), Rheinhessen (110.000), Berlin (140.000), Schleswig-Holstein (75.000), in der eisenerzeugenden Industrie an der Saar (40.000) und in einigen kleineren Bereichen.

Noch ungeklärt ist die Tariflage aber für mehr als eine Million Arbeitnehmer, und zwar für rund 450.000 Mann in der Metallindustrie Hamburgs, Bremens, Südwürttemberg-Hohenzollerns, Südbadens und der Saar - für die Schlichtungsverhandlungen abgebrochen worden sind oder noch andauern - sowie für annähernd 70.000 Mann in der Metallindustrie Bayerns und im nordwestlichen Niedersachsen. Für 470.000 Beschäftigte in Nordwürttemberg/Nordbaden steht die Urabstimmung am 27. Oktober 1970 auf der Tagesordnung.

Nachdem die Große Tarifkommission der IG Metall für die nordrhein-westfälische Metallindustrie dem "Düsseldorfer Ergebnis" zugestimmt hat, ist zu erwarten, daß sich die Mehrheit der 500.000 organisierten von insgesamt 1,2 Millionen Arbeitnehmern bei der auf den 30. Oktober verlegten Urabstimmung ebenfalls für den Abschluß eines neuen Lohn- und Gehalttarifs mit elfprozentiger Steigerung aussprechen werden. Die Streikgefahr für die Industriezentren an Rhein und Ruhr scheint gebannt, und damit auch die Gefahr eines sich auf die ganze Bundesrepublik ausdehnenden Arbeitskampfes.

Der Westfale Werner Figgen, Landesarbeitsminister in Düsseldorf und Vorsitzender des mitgliederstärksten SPD-Bezirks, erwies sich zwischen den festgefahrenen Fronten der nordrhein-westfälischen Tarifparteien als hartnäckiger wie diplomatischer Vermittler, dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer übereinstimmend konstatieren, einen praktikablen Weg bis zur endgültigen Einigung aufgezeigt zu haben. Ihm und allen Beteiligten, die den Vermittlungsbemühungen folgten, gebührt Respekt und Anerkennung.

Klaus Rusticus